

Einzelpreis 1500 Mk.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 28.000 Mk. pol.
Durch Zeitungsboten 30.000
die Post 30.000
Ausland 45.000

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Pelikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-88.
Postcheckkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger
Einschickung der Manuskripte und nach
Einschickung der Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint mit Ausnahme der nach
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens
Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Millimeterzeile 600 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklame (Millim.) 2500
Eingelands im lokalen Teile 6000
Für Arbeitstunde besondere Vergün-
stigungen. Anzeigen an Sonn- und
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-
rechnet. Auslandsinrate 30%. Zuschlag
bei Betriebsstörung durch höhere Ge-
walt. Arbeitsniederlegung oder Aus-
sperung hat der Bezieher keinen An-
spruch auf Nachlieferung der Zeitung
oder Rückzahlung des Bezugspreises

Nr. 55.

Lodz, Sonntag, den 22. Juli 1923.

1. Jahrgang

Der englische Entwurf an die Regierungen überreicht.

London, 21. Juli. (Pat.) Die englische Regierung überreichte am Freitag dem französischen, belgischen, italienischen und amerikanischen Botschafter den Entwurf der englischen Antwort an Deutschland.

Der französische Botschafter ist nach Paris abgereist, wo er heute mit Poincaré eine Besprechung abhalten wird.

Wien, 21. Juli. (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus London, daß der Entwurf der englischen Antwort an Deutschland, der gestern mit einem erläuternden Schreiben den Verbündeten und den Vereinigten Staaten zugestellt worden ist, verhältnismäßig kurz ist und keine konkreten Vorschläge in der Angelegenheit des passiven Widerstandes enthält. Das erläuternde Schreiben, dem eine Denkschrift über die englische Reparationspolitik beigelegt ist, wendet sich an die Verbündeten mit der Bitte, sich über den englischen Entwurf baldmöglichst äußern zu wollen.

Paris, 21. Juli. (Pat.) „Petit Parisien“ berichtet, daß sich der Entwurf der englischen Antwort hauptsächlich mit der Angelegenheit der Sachverständigenkommission befaßt. In der englischen Denkschrift ist gesagt, daß die Sachverständigenkommission vor allem die Quelle der deutschen Einkünfte prüfen solle. Die Garantie- und Pfänderfragen sollen gleichfalls der Sachverständigenkommission überwiesen werden.

Paris, 21. Juli. (Pat.) Der grundsätzliche Inhalt der englischen Antwort ist die Bildung einer Sachverständigenkommission aus der Mitte der Reparationskommission. Aufgabe dieser Kommission soll die Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und die Vorfälle ihrer Ansichten der Reparationskommission zur Feststellung eines entsprechenden Beschlusses sein. Die englische Antwort an Deutschland enthält den Ausdruck des Bedauerns wegen des Beharrens im passiven Widerstand, während Frankreich vorgeschlagen wird zu solcher Besetzung zurückzukehren, die unschädlich wäre und die Garantie Deutschlands erhalten würde.

Paris, 21. Juli. (Pat.) Das Außenministerium erhielt heute mittag die englische Note in der Angelegenheit der Reparationen. Der Inhalt wird streng geheim gehalten, da sich alle Länder dazu verpflichtet haben. Poincaré hat von ihrem Inhalt sofort Kenntnis genommen und wird sich auf amtlichem Wege mit Belgien über die weiteren Schritte verständigen.

Paris, 21. Juli. (Pat.) Der Rat der internationalen Handelskammer hat beschlossen, über den Stand des deutschen Außenhandels und über die Höhe des deutschen Kapitals im Ausland Erkundigungen einzuholen.

Worte und Tatsachen.

In der Pariser „Humanité“ lesen wir:
„Poincaré hat unlängst im Senat erklärt: „Wir werden ein so kostbares Pfand wie das Ruhrgebiet nicht aufgeben, bevor Deutschland bezahlt hat. Die Industriellen haben die Bezahlung der Kohlensteuer abgelehnt. Wir haben uns in natura, mit Kohlen, bezahlt gemacht. Ebenso geschieht es mit Holz.“

So die Erklärung! Wie sehen aber die Tatsachen aus?

1922 hat Frankreich gratis für zwei Milliarden Reparationsanleihe erhalten — also für eine Milliarde in sechs Monaten. Während des ersten Halbjahres 1923 hat von Frankreich Beschlagnahmen (Kohlen usw.) im Gesamtwert von 280 Millionen vorgenommen. Durch die „produktive Operation“ hat also der Fiskus 710 Millionen Francs verloren. Dazu kommt noch, daß die Kohlen, die Deutschland nicht mehr lieferte, in England zu erdrückenden Bedingungen (conditions monstrueuses) — das Pfund Sterling zu 73, 25 Fr. — gekauft werden mußten.

Tausende von französischen Eisenbahnern mußten an Stelle der Deutschen in das rheinisch-westfälische Gebiet geschickt werden. Wer bezahlt sie? Der Fiskus, d. h. die französischen Steuerzahler.

Ein weiteres Ergebnis der Beschlagnahme des „kostbaren Pfandes“ ist das Sinken der französischen metallurgischen Produktion. Von über 60 Hochöfen brennen kaum noch 10... wie Nachschlichter (en voillouse).

Wenn man aber Poincaré hört, dann wird morgen schon alles klappen. „Wir haben“, sagte er, „die Verarmung der Eisenbahnen in die Hand nehmen und eine französisch-belgische Karte einrichten müssen unter der Leitung eines bewährten Franzosen, dessen Verdienste ich die gebührende Anerkennung zolle.“

Sollen Sie nur Anerkennung, Sie feiner Herr! Hören wir einmal Herrn Victor Cambon über die „Erfolge“ Ihrer Verarmung!

„Das erste, was mir auffiel“, schreibt der Redakteur der „Information“, war die Verarmung des großen Düffendorfer Bahnhofes, eines der deutschen Bahnhöfe mit dem stärksten Personenverkehr. Auf den großen Fahrplänen in der Bahnhofshalle habe ich einst vor dem Kriege mehr als 400züge in 24 Stunden gezählt. Heute finde ich nur noch 31 und ich stelle fest, daß mehrere Nebenlinien völlig verlassen sind. Und diese 31 Züge sind mehr als genug! Man sieht darin hauptsächlich französische Soldaten und einige Belgier.“

Somit ist es Poincaré gelungen, den Wert seines Pfandes zu zerstören. Doch erklärt er hochmütig: „Die Ausgaben, welche die Beschlagnahme des Pfandes verursachen, sind Vorschüsse, die jetzt von Frankreich und Belgien geleistet und von Deutschland zurückgezahlt werden müssen.“

Armer Mann! Du kannst Deine Ausgaben zwar buchen, Dein Band aber wird keinen Centime zurückbekommen! Die Besetzung des Ruhrgebietes hat Deutschland unheilbar ruiniert. Der französische Steuerzahler wird die Kosten Deines Abenteuers zu bezahlen haben! Die biederren Leute werden nun zwar sagen: „Eine Wunde, die das Geld schlägt, ist nicht tödlich!“ Dein böser Streich hat aber noch andere Folgen! Unlängst erst sind 10 Belgier umgekommen. Durch einen Anschlag der deutschen Nationalisten? Zweifellos? Wer ist aber schuld daran, daß Deutschland von nationalisiertem Jern gepackt wird? — Der Angriff Poincarés!

Wer hat den Kriegszustand geschaffen, dessen Opfer diese unglücklichen Soldaten geworden sind? — Poincaré der Imperialist, Poincaré der Verwässerter!

Paris, 21. Juli. (Pat.) Minister Petroquer begibt sich nach dem Ruhrgebiet, wo er energische Schritte unternehmen will, um die Kohle- und Kohlenproduktion zu erhöhen. (Ob's helfen wird? Die Schrift!)

Kroatische Kampfansage gegen Serbien.

Rom, 20. Juli. Der kroatische Bauernführer Stjepan Raditch sagt in der Turiner „Gazzetta del Popolo“ über die nach ihm „völlig unhaltbaren“ Zustände unter serbischer Regierung: „Wie lange kann dies dauern?“ sagt er, „höchstens noch zwei Jahre, nicht länger. Wir könnten schon heute los schlagen, denn das ganze kroatische Volk steht hinter uns, und an Soldaten würde es uns nicht fehlen. Wir können mit Serbien niemals ein und dasselbe Volk bilden. Inzwischen beginne ich mit Mazedonien, Albanien und Bulgaren über ein Bündnis zu verhandeln, ohne mich um Serbien zu kümmern. Von der Intervention einer Großmacht erwarten wir nicht viel, obgleich sie möglich wäre. England ist von der Weltpolitik allzu sehr in Anspruch genommen, um uns zu beachten. Frankreich hat nichts anderes im Kopfe als die „deutsche Gefahr“. Die einzige Macht, die vielleicht für uns intervenieren würde, ist Deutschland; aber es will in diesem Augenblicke nicht, und vor allem es kann nicht.“ Raditch schließt, indem er den „größten Wahnsinnigen wilden serbischen Militarismus“ aufs schärfste verurteilt.

Ministerpräsident Ritsa ist vorgestern von seinem Erholungsurlaub aus Radlow nach Warschau zurückgekehrt.

Unzulänglichkeiten des Minderheitenschutzes.

Die „Revue de Genève“, eine der wichtigsten in der Schweiz in französischer Sprache erscheinenden Zeitschriften, bringt in ihrer Juni-Nummer 36 eine ausführliche Studie des Barons Adolf Heyking*, die den Unzulänglichkeiten des Minderheitenschutzes gewidmet ist.

„Es muß festgestellt werden“, so beginnt der Autor seine Betrachtungen, „daß die Idee von den Rechten der Minderheiten sich nur langsam, schrittweise entwickelt, so wie auch die Idee der Freiheit selbst ein langes Entwicklungsstadium hat durchmachen müssen, ehe sie ins Bewußtsein der zivilisierten Staaten trat. Sicherlich hat die letzte Plenarversammlung des Völkerbundes bedeutend zum Fortschritt dieser Idee beigetragen. Unter allgemeinem Beifall wurde der Völkerbund „zum Beschützer sämtlicher Minderheiten der Welt“ proklamiert; der berühmte G. Motia stellte fest, daß die Nationen und ihre Sprachen einen so großen geistigen, ja heiligen Schatz darstellen, daß sie es voll und ganz verdienen, vor dem Druck eines jeden Nachhabers geschützt zu werden.“

Der Versäßer des Vertrages war bestrebt, so viele deutsche Minderheiten zu schaffen, als möglich war. Solche Minderheiten gibt es in Frankreich, in Luxemburg, Dänemark, Schweden, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Albanien, Türkei, Japan, Korea, China, Indien, Siam, Thailand, Philippinen, Indonesien, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien, usw. Von 100 Millionen Deutschen leben nicht weniger als 40 Millionen außerhalb der Grenzen von Deutschland. Dies läßt die Möglichkeit, wenn nicht gar die Gefahr einer völkerverwundenden, irredentistischen Bewegung voraussehen, die ebenso wie die panpawische, die panitalienische, panarabische Bewegung mit unüberwindlicher Kraft heranzubringen könnte. Auf welche Weise wäre diese neue Gefahr zu verhindern? Dies ist eine Frage, die einer möglichst raschen Erledigung harret.

In der Schweiz zeigt das deutsche Element nicht den geringsten Wunsch, sich mit Deutschland zu vereinigen. Warum? Weil es mit seiner Lage zufrieden ist. Ist das nicht eine Lehre für die ganze Welt, und gelangt man logischerweise nicht zu der Folgerung, daß das deutsche Element in den anderen Staaten dem Beispiel der Schweizer Deutschen folgen würde, wenn es sich in einem ähnlichen Zustand befände? Auf diese Art wäre der Gefahr des Völkerverwundens auszuweichen. Es genügt, wenn man den deutschen Minderheiten die Möglichkeit gibt, sich in den Staaten, in denen sie wohnen, zu Hause zu fühlen, und der Friede wäre gesichert; bedrückt man sie dagegen und fordert sie heraus, so wird der Krieg mit Sicherheit wieder ausbrechen.

Eine Anomalie, die beim ersten Blick auffällt, ist die Abwesenheit einer jeglichen Vertretung der Minderheiten, nicht nur in dem Rat und in der Generalversammlung des Völkerbundes, sondern sogar in seinem Generalsekretariat. Daraus ergibt sich notwendig, daß die Informationen, über die der Völkerbund verfügt, oft partiell sind und nicht die Erhellungen in ihrem ganzen Umfang umfassen. Um diesen Fehler auszubessern, müßte sich das Generalsekretariat an Sachverständige unter den Minderheiten wenden. Auf Vorschlag des Prof. Murray wurde das Personal des Völkerbundes vergrößert. Warum wurden jedoch nicht auch jene aufgenommen, die die Reklamationen der Minderheiten vorzubereiten könnten?

Der Begriff vom Recht gehört in das Gebiet des Rechtes und nicht in das der Politik. Die Minderheitenrechte — sofern sie bloß wirklich sind — müssen nach diesem Prinzip gehand-

* Bar v. Heyking ein Balte, ist im Laufe von langen Jahren Kaiserlich-Russischer Generalkonsul zu London gewesen. Er galt als einer der gebildetsten Diplomaten und Kenner des Völkerrechts in Europa. — Dr. v. B.---

Das Wichtigste im Blatt:

Dollar = 131,000 poln. Mark.
Der englische Entwurf an die Regierungen überreicht.
Für Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.
Kroatische Kampfansage gegen Serbien.
Unzulänglichkeiten des Minderheitenschutzes.
Der Textilarbeiterstreik in Lodz beigelegt.
Das Begräbnis zweier Opfer.

hat werden, sonst sind sie keine Rechte mehr. Dennoch hatten sie bis jetzt einen halb politischen, halb juristischen Charakter. Es muß zugegeben werden, daß bei Reklamationen von Minoritätsrechten die Prozedur des Völkerbundes z m e i d e n t i a ist und einer juristischen Untersuchung nicht standhält. Die sich beschwerenden Minderheiten müssen sich begnügen, beim Sekretariat ein Gesuch einzureichen, das an den Vorsitzenden des Völkerbundes gerichtet ist. Dies Gesuch muß zuerst vom Sekretariat bestätigt werden, bevor es dem Präsidenten vorgelegt wird. Dieser ernannt einen Untersuchungsausschuß von zwei Mitgliedern und verlangt sodann das Aviz der betreffenden Regierung. Wenn dem Gesuch endgültig Folge geleistet wird und es zu einer Debatte gelangt, ist kein einziger Vertreter der sich beschwerenden Minderheiten zugelassen. Der Vertreter der Regierung kann sich, nachdem die Reklamation gegen ihn drei schwierige Instanzen passiert hat, genügend vorbereiten, die Sache, wie er will, zu erklären, der ganze Prozeß findet bei geschlossenen Türen statt und ohne Zulassung jener, die die Beschwerde eingebracht haben! Wo bleibt da der berühmte Minderheitenschutz?

Deutsche Männer.

Im besetzten deutschen Gebiet wurden dieser Tage vom Militärpolizeigericht der 3. französischen Infanteriedivision die Rostre Fingerhut und Weinbrenner zu längerer Gefängnisstrafe und mehreren Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung gegen Weinbrenner gestaltete sich sehr dramatisch. Während seiner Vernehmung sagte er u. a.: „Ich werde eine kurze Erklärung abgeben: Als deutscher Beamter auf deutschem Boden schulde ich Rechenschaft über meine Tätigkeit nur den deutschen Behörden nach deutschen Gesetzen, nicht den französischen Behörden. Daran werden in meinen Augen auch die Anordnungen und Befehle des Generals Degoutte nichts ändern. Ich bin angeklagt, weil ich auf Fragen französischer Offiziere nicht geantwortet habe; ich habe darauf zu sagen, ich stehe jetzt vor einem Forum, das aus genau derselben Armee zusammengesetzt ist. Es wäre unlogisch, wenn ich Ihnen jetzt Rede und Antwort stehen und meine bisherige Haltung aufgeben wollte.“ Wiederholt ermahnt, sich nur auf seine Verteidigung zu beschränken, fügte Weinbrenner hinzu: „Ich bekreite Ihre Zuständigkeit.“ Darauf wurde ihm vom Vorsitzenden bedient: „Wir wissen, daß Sie ein deutscher Patriot sind; aber hier handelt es sich nur um Ihre Verteidigung. Wir wollen nichts anderes wissen.“ Weinbrenner quittierte diese Mahnung mit den Worten: „Für mich existiert nur das deutsche, nicht das französische Gericht.“ — Als er dann befragt wurde, ob er zugebe, sich gewelgert zu haben, französischen Offizieren zu antworten, bemerkte Weinbrenner: „Ich möchte auch hier jede Antwort verweigern.“ Auf die Frage: „Kennen Sie die Verordnungen des Generals Degoutte?“ entgegnete Weinbrenner: „Sie existieren für mich nicht!“ — Darauf lehnte er jede weitere Antwort auf weitere Fragen ab.

Aus Karlsruhe wird berichtet: Der Gastwirt Latzsch fa vor einiger Zeit zwei dem Tode durch Ertrinken nahe französische Soldaten gerettet. Dem Gastwirt ist daraufhin vom französischen Militärkommando des Bezirks der Dank und die Anerkennung ausgesprochen worden mit dem Entschluß, einen Wunsch zu äußern. Latzsch erbat sich die Begnadigung der vom französischen Militärgericht zum Tode verurteilten sieben Deutschen. Der Militärbezirkskommandant gab dem Gastwirt den Rat, beim Oberkommando ein Gnadengesuch einzureichen, was der Gastwirt sofort tat. Der Militärbezirkskommandant hat das Gnadengesuch sofort an das Oberkommando weitergeleitet.

Für Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

Eine Kundgebung in Berlin.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung, die auf Einladung der Deutschen Liga für Menschenrechte im Beethovensaal in Berlin stattfand, beschloß mit einem gegen zehn Stimmen die Abstimmung eines Telegramms an Reichskanzler und Außenminister, in dem gefordert wird, Deutschland möge sofort die Aufnahme in den Völkerbund beantragen. Fridlof Nausen hatte in einem Schreiben an die Versammlungseinerbeur in eindringlichen Worten den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gerade jetzt empfohlen. In ähnlicher Weise haben auch Reichspräsident Ebert und Albert Einstein das Ziel der Versammlung begrüßt.

General v. Deimling, der bekannte Heerführer aus dem Weltkrieg, begründete als Hauptredner die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in einer Rede, die in ihrer militärischen Gradheit überzeugend wirkte und stürmischen Beifall fand. Er sagte: „Ich spreche für den Beitritt zum Völkerbund aus Ablebe zu unserem unglücklichen Vaterland und weil ich aus dem Weltkrieg gelernt habe, daß es besser und vernünftiger ist, die Völker vertragen sich miteinander, als daß sie sich gegenseitig die Köpfe einschlagen!“ Der nächste Krieg würde Deutschland zu einem einzigen Trümmerhaufen machen. Wer sein Vaterland liebt, könne ihm keinen neuen Krieg wünschen. v. Deimling verlangte von der Regierung neben dem durchaus notwendigen passiven Widerstand an der Ruhr auch eine positive aufbauende Tat. Dazu biete der rechtzeitige Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit. Hier müsse Deutschland die Ansprüche geltend machen, die auch ihm aus dem Versailler Vertrag zustehen,

vor allem die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, eine Vertragsbestimmung, deren Nichtbeachtung durch Frankreich auch von anderen großen Mächten verurteilt werde. Für die Deutschen in Danzig und an der Saar würde Deutschland innerhalb des Völkerbundes weit besser wirken können als jetzt. Vor allem könnte Deutschland im Rahmen des Völkerbundes eine Lösung der Friedenssicherung fördern. v. Deimling schloß unter lebhaftem Beifall mit der Forderung, die deutsche Regierung möge zum nächsten Termin, also zum September 1923, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beantragen. Selbst wenn sich Frankreich durch einen Widerspruch selbst isolieren sollte, sei Deutschlands Aufnahme als gleichberechtigtes Mitglied unbedingt sicher.

Die Abstimmung ergab, wie schon erwähnt, eine überwältigende Mehrheit der Versammlungsteilnehmer für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Geplante entmilitarisierte Grenzazonen in allen Ländern.

Lausanne, 21. Juli. (Pat.) Gestern hielt unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil die besondere Abteilung der Völkerbundkommission für Abrüstung ihre Beratung ab. Es wurde ein Text ausgearbeitet, der einer Konferenz in Paris vorgelegt werden soll und der Plan Lord Robert Cecil, der Bildung entmilitarisierter Grenzazonen in allen Staaten, geprüft.

Unruhen in Breslau.

Breslau, 21. Juli. (Pat.) Im Laufe der Nacht kam es hier zu weiteren Unruhen. Einige Personen wurden getötet und viele verwundet. Heute sind fast alle Läden geschlossen. Der Regierungspräsident von Niederschlesien hat für Breslau und Umgegend den verschärften Ausnahmezustand angeordnet.

Man tut ihnen Unrecht.

Das Warschauer Bürgerkomitee für Gasverteidigung hat, polnischen Blättern zufolge, von der Direktion der vereinigten Industrieunternehmen von R. Scheibler und L. Grohmann in Lodz 10 Millionen Mark für den Bau eines Gasinstituts erhalten.

Anmerkung der Schriftleitung: Damit sind die Ausführungen des „patriotischen“ Herrn Niewojewski in der „Mysl Niepodlegla“ (wiedergegeben in der Freitagsnummer der „Freien Presse“), in denen er die wahrhaft polnische Gesinnung dieser Lodzer Industriellen in schwere Zweifel zieht, doch wohl zur Genüge widerlegt.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der Erhardt-Prozeß beginnt in Leipzig am 23. Juli. Auf der Anklagebank wird nur die Prinzessin von Hohenlohe sitzen.

Die Stellungnahme des holländischen Finanzministers Geer in der Angelegenheit des neuen Marinebauplans hat eine Regierungskrise verursacht.

Der portugiesische Ministerpräsident will zurücktreten. Den Anlaß hierzu bilden Schwierigkeiten, die innerhalb des Kabinetts entstanden sind.

Der amerikanische Arbeitsminister Davis ist in Prag eingetroffen.

Parlamentarnachrichten.

Die zeitweilige Organisation der Kommunalfinanzien.

Warschau 21. Juli. (Pat.) Die Finanzkommission hat die Beratung des Gesetzentwurfs über die zeitweilige Organisation der Kommunalfinanzien beendet. Es wurden folgende 3 Resolutionen angenommen: 1. In der Angelegenheit des Kredits für die Verbände der Selbstverwaltungen sowie in der Angelegenheit der Aufhebung von Güterländereien im ehemaligen preussischen Teilgebiet; 2. in der Angelegenheit der Anlage und Führung der Kommunalfinanzien sowie in der Angelegenheit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs von den Grundsätzen der kommunalen Finanzwirtschaft; 3. eine Resolution in der die Regierung aufgefordert wird, die Kommunalzuschläge zur staatlichen Steuer sowie die Anteile an der staatlichen Einkommensteuer für das laufende Jahr, den Städten und Landgemeinden sowie den Kreis kommunalverbänden zur Stielung ihrer Finanzen unverzüglich auszahlen zu lassen.

Die Wohnungsnotabhilfe.

Von

Dr. E. von Behrens.

Ich habe den Eindruck, daß die in Warschau zur Abschaffung des Mieterschutzgesetzes berufenen Ausschüsse und Personalkomitees ratlos vor ihrer Aufgabe stehen. Es ist Kleinmut, Unwissenheit und Indolenz zugleich, die sichtbar in dieser wichtigsten Frage das größte Hemmnis bilden: der eine Herr Abgeordnete predigt einen Kreuzzug gegen die Hausbesitzer, weil es viel mehr Mieter als Hausbesitzer gibt und der Herr Seimling vor allem um die Anzahl der Wahlteile sowie um die „wohlverdienten Sympathien“ des Pöbels, nicht aber um das Wohl der Allgemeinheit, des Vaterlandes und des Volkes besorgt ist. Der andere Herr dagegen ist selber Hausbesitzer und

würde es vorziehen, einen Mietzins, wie er in den Vorkriegszeit n bestand, einzufordern um davon als Rentier zu leben, anstatt sich weitere 5 Jahre mit dem „heulenden Wählergesindel“ herumzuplagen. — daher ist auch er, einseitig. Der dritte will es beiden Seiten recht tun und gerät zwischen Tür und Angel. Aber keiner nimmt sich die Mühe, ehrlich und in unparteilicher Weise der Sache auf den Grund zu gehen.

Woher rührt die bestehende Wohnungsnot? Es ist ein langer Krieg gewesen, wo die Feldherren die besiegten Gesehe rücksichtslos mit Füßen traten, nur um den Sieg zu ertingen. Das Kardinalrecht des Eigentums, auf dessen Grundlage allein eine gesunde Wirtschaftsführung denkbar ist, wurde vor allem aufgehoben. Es hieß — dieses geschähe nur für eine ganz kurze Zeit. Der Frieden sollte ja alles regeln. Nun dauerte aber der Krieg nicht wenige kurze Monate, sondern viele lange Jahre, — eigentlich dauert er ja noch in ganz Europa bis heute. Das Eigentumsrecht der Hausbesitzer konnte nicht gut wiederhergestellt werden. Die von gewissen geheimen Kreisen seit Jahrzehnten unter den Völkern Europas emsig verbreitete Lehre des Sozialismus fand hier den besten Nährboden. Das Mieterschutzgesetz bildet heutzutage für die Schüler des modernen sozialen Wahnsinns das einzige Sprungbrett für die weitere Verbreitung ihrer umfänglichen Richtung, die letzten Endes darauf hinausläuft, die christlich europäische Welt in einen großen Ruinenhaufen umzuwandeln. (Siehe Rußland).

Fast in ganz Europa liegt eine Art teilweiser Sozialisierung des Hausbesitzes vor. Diese Verrentung des normalen wirtschaftlichen Zustandes wirkt sich aber keinesfalls nur zugunsten der wirtschaftlich schwachen Bürger aus, — nein! Es sind gerade die Reichen, die sich auf Kosten des Hausbesitzes eine ganz überflüssige Prämie durch das Mieterschutzgesetz verschaffen. Außer dem Hausbesitzer werden durch einen Umlagenentgang (Ausfall der Steuer), der heutzutage viele Milliarden monatlich ausmacht, sowohl der Staat als auch die Gemeinden aufs schwerste und fortdauernd geschädigt. Somit sehen wir, daß dieses sozialistische Mieterschutzgesetz dem Geldsack zugute kommt, das Staatswesen und das Gemeinwesen in ganz Europa aber gewaltig untergräbt und dabei die solideste Stütze der Ordnung — den Immobilienbesitzerstand — vermittelst des anarchofisierten Pöbels abwürgt.

Die Unhaltbarkeit dieser direkt zum Bolschewismus führenden Zustände wird heutzutage von hellere Köpfen bereits erkannt. *)

Ihr stehen aber die sozialen Notwendigkeiten einer schonenden Behandlung der wirtschaftlich Schwachen (der Unternehmer und der ärmeren Mieter) gegenüber. Wir sind gezwungen, die sprunghafte Mietzinserhöhung zu vermindern, um die aus solchen Steigerungen sich entwickelnden Teuerungswellen hintenzuhalten. Die Entscheidung der brennenden Frage eines Abbaus des Mieterschutzgesetzes wird durch solche Gegenstände außerordentlich erschwert. Und doch müssen wir diese Frage schnell lösen, da unsere Städte immer mehr dem Ruin verfallen und die Wohnungsnot immer breitere Massen in Verzweiflung versetzt.

Eine Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Lösung viel zu lange hinausgeschoben und nicht schon während des Krieges wenigstens angebahnt worden ist. Dadurch sind, ähnlich wie bei den Lebensmittelpreisen, die Fehlbeträge zu angewachsen, daß eine Regelung in kurzen Zeiträumen sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Das Problem liegt einerseits in der Auffassung des „arbeitslosen Einkommens“, andererseits in der Frage, wie die großen Verdienste gefaßt und die wirtschaftlich Schwachen, aber auch nur diese, geschützt werden können. Die Abwälzung der Mehrbeträge auf den Staat in der Art eines Wohnungszuschusses an die Festbesoldeten und Kleinrentner stellt kaum einen gangbaren Weg dar, weil dies nur eine neuerliche Teuerungswelle zur Folge hätte, die uns volkswirtschaftlich noch weiter schädigen würde.

In Deutschland hat man mit dem Abbau des Mieterschutzes viel früher als bei uns begonnen, daher ist das Problem dort viel leichter zu lösen. Wie der statistische Marktzug der letzten Wochen sich auf diesem Gebiete auswirken wird, steht noch dahin.

In Süßlawien besteht für alle Festbesoldeten und für alle Wohnwagen ein Mieterschutz in dem Sinne, daß die Erhöhung der Mietzinse höchstens bis zum Fünftfachen des Friedenszinses zulässig erscheint. Für alle freien Berufe, für Geschäftslöle und in allen neugebauten Häusern ist die Mietzinsbildung vollkommen frei. Ab 1. Januar 1923 sollen die Mietpreisbeschränkungen aufhören. Körperchaften und Anstalten, welche nachweislich die Mittel zum Bau eigener Häuser besitzen, werden zu Neubauten für ihre Zwecke gezwungen. Welchen Erfolg diese Maßregeln haben, läßt sich jetzt noch nicht übersehen.

Für unsere Verhältnisse ist zu sagen, daß das vor dem Kriege erworbene und im Hausbesitz angelegte Vermögen das Ergebnis der Arbeit teils der früheren, teils der jetzigen Generation war, und daß das Einkommen zwar eine (übrigens vom Staat stark besteuerte) Rente darstellte, aber immerhin als das Produkt aufgespeicherter Arbeit der Besitzer oder ihrer Vorfahren angesehen werden mußte. Die Besteuerungen trugen allerdings eigentlich die Mieter; der Hausherr war genau genommen nur Einhebungs- und Abführungsorgan des Staates. In Deutschland waren die Mietzinse wegen Fehlens der Hauszinssteuer tatsächlich me-

*) So z. B. empfehlen wir den Aufsatz von Ing. Drobný „Wohnungsbau und Wohnungsnot“, (die letzte Nummer der „Ofmark“) dem auch wir einiges entnehmen und die Artikel des Notars M. Borkowski im „Kurjer Warszawski“.

sentlich niedriger. Während des Krieges und in den Jahren nachher ist vielfach eine Verschiebung durch erzwungenen oder freiwilligen Verkauf von Häusern erfolgt und die Krone- und Kriegsgewinnhaber haben einen großen Teil ihres erarbeiteten Vermögens in Hausbesitz angelegt. Ob man den Anspruch des alleinigen Besizers des Hausbesitzes auf eine angemessene Verzinsung des Hauswertes anerkennt oder ablehnt, ist Sache der Entscheidung über den Begriff des Eigentums. Man kann anführen, daß nicht nur die Hauseigentümer, sondern auch alle Mieter Besitzer durch die Entwertung des Geldes ihr Einkommen praktisch vollständig verloren haben. Man muß aber auch sagen, daß diese Entwertung nur bei den Inhabern von festverzinslichen Renten, nicht aber bei den Inhabern von Bausparnissen, also z. B. von Aktien, eine vollständige war; daß die Kurssteigerungen der Bausparnisse eine teilweise Entschädigung für die Geldentwertung boten und die Besitzer der Aktien zwar effektiv keinen Gewinn erzielten, wohl aber, bei Goldparität umgerechnet, eine weitläufige geringere Entschädigung erlitten als gerechnet, eine weitläufige geringere Entschädigung erlitten als gerechnet, eine weitläufige geringere Entschädigung erlitten als gerechnet.

Wenn man nun einerseits dem Anspruche des alleinigen Besizers des Hausbesitzes auf Wiederverzinsung des Hauswertes als dem Ergebnisse aufgeschobener Arbeit zustimmen muß, so muß man sich andererseits fragen, ob denn den Besitzern der erarbeiteten Vermögen der letzten Jahre auch eine solche Verzinsung zugestanden werden soll. Bei der Betrachtung der Vermögensverhältnisse des Hausbesitzes erscheint dies selbstverständlich. Moralisch ist es aber keineswegs gerechtfertigt. Warum soll man aus der Volkswirtschaft auch noch die Zinsen für die erarbeiteten Vermögen herausnehmen, die ja nur aus Spekulation im Hausbesitz angelegt worden sind? Es wird sich nur darum handeln, den Weg zu finden, der bei Scheidung zwischen dem Hauseigentümer der Vorkriegszeit und dem der Krieges- und Nachkriegszeit die Miethsinne abgefaßt einzurichten gestattet und einen Ausgleich für die dann eintretenden Verhältnisse ermöglicht.

Außerdem muß für die Festbetroffenen, ähnlich wie in Südländern zunächst eine geringere abgestufte Steigerung plangreifen, um neue Forderungen und Preiswellen zu vermeiden.

So wären also zunächst zwei Gruppen zu bilden: Vorkriegszeit und Neubaus. Für die letztere sollte die Steigerung der Zinsen auf längere Zeit hintangehalten werden; der Mieterschutz also aufrecht bleiben. Für den Vorkriegszeit aber wäre eine stufenweise Angleichung der Zinsen an die Goldparität durchzuführen. Für die Festbetroffenen müßte eine Verlangsamung dieser Angleichung eintreten.

Es ist nicht zu verkennen, daß dieses System zweierlei Hausbesitzer und auch zweierlei Mieter schafft und daß so nach der einzelne je nach Zufall begünstigt oder benachteiligt sein kann. Dem müßte vorgebeugt werden. Es kann dies geschehen durch die Errichtung einer Art von Clearings- und Ausgleichsbüro, das natürlich nicht vom Staate, sondern von den Hauseigentümernvereinigungen selbst geführt werden sollte. Die erste Aufstellung der systematischen Berechnungstabellen wird zwar eine ziemlich Arbeit sein, sobald sie aber einmal feststehen, dürfte sich die Sache ziemlich leicht entwickeln, jedenfalls bei weitem nicht so kompliziert wie die gegenwärtigen Abrechnungsaufstellungen der Rechnungen einzelner Hauseigentümer, die sich ständig ändern, während es sich bei meinem System nur um eine Gesellschaftsberechnung handelt.

Die Multiplikatoren der Friedenszinse, welche die jetzt einnehmenden Zinse ergeben, müssen für die Häuser der Vorkriegszeit und die der Neubaus ganz gleich hoch sein; nur hätte der Neubaus von diesen Zinsen eine Abgabe an die Clearingkassa (Abrechnungskammer) zu bezahlen, welche an die Altbauvermieter nach dem Verhältnisse der Wohnflächen oder der vermieteten Fensterflächen aufzuteilen wäre. Dadurch erhielten die Altbauvermieter einen Zuschuß zu den Miethsinnen, und zwar auf Kosten der Neubaus, so daß die Altbauvermieter eine bessere Verzinsung ihrer Besitztümer bekämen als die Neubaus, was nur gerecht ist. Diese Verteilung erlaubt eine Verlangsamung der Angleichung an die Goldparität für den Mieter, während sie eine schnellere Angleichung für den Altbauvermieter zur Folge hat. Gesetzliche Schwierigkeiten, die bei der notwendigen gesetzlichen Regelung der Überweisung an das Clearingbüro etwa erwachen könnten, werden sich jedenfalls überwinden lassen. Natürlich müßte der vorstehende Vorschlag noch in allen Einzelheiten durchgearbeitet werden, damit er gesetzestreu wird. Namentlich bedürfte die Festlegung des stufenweisen ansteigenden Multiplikators, die Abminderung dieses Vielfachfaktors für die Festbetroffenen, die Klarstellung der Gebühren und Abgaben an die Gemeinden und so manches andere eingehender Beratung der beteiligten Kreise unterworfen werden. Immerhin dürfte hier ein Weg gewiesen sein, welcher die stufenweise Angleichung der Zinsen an die Goldparität und damit auch die Erhöhung der Einnahmen der Gemeinden aus der neuen Gebäudemiete etwas schmerzlicher für die Mieter gestaltet, als dies sonst möglich wäre.

Sobald es gelungen ist, in der Frage der Reform der Miethsinne zu einer einigermaßen befriedigenden Regelung zu gelangen und sobald die Aussicht geschaffen wird, daß in absehbarer Zeit eine halbwegs angemessene und

Wer nicht in die Sommerfrische fuhr, „Tivoli“

der kann seine freie Zeit im Garten des Restaurants „Tivoli“ der Przejazd-Straße Nr. 1, Telefon 26-30, angenehm verbringen. Ab 5 Uhr nachmittags während der Besperzeit spielt ein ausgezeichnetes Quintett.

Abends Konzert des bekannten Orchesters des 31. Kautower Schützenregiments.

gestärkte Verzinsung des für Hausbanten aufgewendeten Kapitals erzielt werden kann, dürfte eine der Haupt Hindernisse für die Behebung des Wohnungsbaues beseitigt sein und damit der katastrophalen Wohnungsnot wirksam entgegengehandelt werden können. Gewiß ist dies nicht ohne große Opfer, insbesondere von Seiten der Mieterschaften möglich. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen wird aber auch, — und das fällt ganz besonders ins Gewicht, — eine Wiederbelebung des Baugewerbes und damit die Behebung der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter sowie eine Deckung des Bedarfs an Baumaterialien, also eine stärkere Beschäftigung der jetzt eingeschränkt arbeitenden oder ganz stillgelegten Fabriken dieses Arbeitszweiges eingeleitet. Es bedeutet dies eine sehr erwünschte Hebung unserer wirtschaftlichen Leistungen, die zu einer wesentlichen Besserung unserer Verhältnisse führen muß. Dies darf wohl auf die Gegenseite der notwendigen Opfer als Entschädigung gebucht werden. Bei eventueller Einführung der von der „Schna“ geplanten Subventionswirtschaft durch den Staat können wir immer tiefer in Schwierigkeiten.

Man muß sich nur stets vergegenwärtigen, daß die Bürger eines Staates letzten Endes alles das, was sie ausgeben, immer wieder auch selbst bezahlen, wenn nicht sofort, so doch später, persönlich oder durch ihre Kinder und Enkelkinder, die hohe Zinsen von den geliehenen Kapitalien zahlen werden.

Speziell für Polen ist die Bänderung der Wohnungsvot auf einem wissenschaftlich durchdachten Wege von größter Wichtigkeit. Unser Sejm ist durch Demagogie verfehlt und die Minister, welche die Regierung bilden, werden leider fast wie aus der Mitte der Tüchtigen eingeseigt, sondern einzig und allein auf Grund des Parteischicksals. So kommt es, daß die verhängende Wirkung der umstürzlichen sozialistischen Maßnahmen, welche für den Moment und in den Augen der unwissenden Volksmenge als human, gerecht und wohltuend erscheinen, sich immer tiefer in unser Wirtschaftsleben hineinschneidet. Das Mieterschutzgesetz, welches als eine vorübergehende Kriegsmaßnahme von 1914—1917 sicherlich einen Sinn hatte, muß schon in der Zeitspanne 1920—1923 als anachronistischer Vorstoß bezeichnet werden, der unseren Staat langsam aber sicher ruiniert, und zwar nicht nur im direkten Sinne des Ruins der Stabsgebäude, sondern vor allem im Sinne der Untergrabung der wirtschaftlichen Moral, im Sinne der steigenden Verarmung für das Eigentum und der Begünstigung eines unrechtmäßig durch die reicheren Mieter von den Hauswirten, von den Untermietern, vom Staate und von der Gemeinde seit Jahren gezogenen Vorteils. Ich habe mich nach bestem Wissen über diese Frage ausgesprochen und würde glücklich sein, wenn meine Ausführungen von den maßgebenden Kreisen Polens in Betracht gezogen würden.

Lokales.

Łódź, den 22. Juli 1923.

Samstagsbetrachtung

„Verführe dich mit deinem Bruder.“ (Matth. 5. 24.)

Unsre Zeit predigt die Unverföhnlichkeit. Es ist schauerlich zu sehen, wie überall die Giftblume des Hasses ihre Triebe schießen läßt. Der Christ möchte toll betrübt das Haupt senken und fragen: Wie ist das nur möglich! Und die Feinde des Christentums triumphieren. Höhnend ruft sie ihr stolzes Mund: Alle Welt sieht es, die Religion der Liebe hat Schiffbruch gelitten. Die Religion der Liebe hat den furchtbarsten aller Kriege nicht verhindern können, die Religion kann noch blindwütiger Feindschaft keinen Frieden geben, die Religion der Liebe hat die Macht verloren!

Wie unsäglich oft hörte ich solche Vorwürfe gegen das Christentum, oft mit rednerischem Pathos vorgetragen, und immer waren es nur wenige, die darauf etwas erwiderten und es wagten, für das Christentum als mutige Kämpfer in die Schranken zu treten.

Sollte es dem Christentum so gehen, wie es manchem irdischen Reich ergangen ist? Siegreich und standhaft hat so manches Reich dieser Welt ungezählte äußere Feinde zurückgeschlagen, bis es faul wurde in sich selbst und durch sich selbst zugrunde ging. — Nicht Gallien, nicht Golen haben letzten Endes das römische Weltreich zertrümmert; Sittenverderbnis und Gottlosigkeit, Verschwendungssucht und Sündenlust haben die stolze Roma zu Fall gebracht.

Auch manches Land, in dem das Christentum regiert hatte, ist in Scherben gegangen, weil statt lebendigen Glaubens nur ein öder Formalglaube vorhanden war, weil das Beste fehlte, das edelste Gut — die Liebe.

„Verführe dich mit deinem Bruder“, das ist nicht Schwachheit, das ist Kraft. — Von solcher Kraft, solcher weltüberwindenden Liebe ist freilich jetzt wenig zu spüren. Dem, der die Schrift kennt, ist das nicht wunderbar. Matthäus 24. Vers 13 lesen wir, in welcher Zeit die Liebe erkalten wird.

Dr. med. Eugen Schicht
Chirurgische und Frauenkrankheiten.
Empfängt von 5—7.
Petrikauer Straße 128.

WIENER-KONFITOREI
von **Serdinand Ulrich**,
Petrikauer Straße 142.
Treffpunkt der besseren Gesellschaft!
Täglich frische Kuchen, Teeluchen, Kets, Waffeln, Risquits u. Schokolade ein. Ausarbeitung Torten und Eis auf Bestellung.
Täglich Quartett-Konzert v. 4—12 Uhr nachts an Sonn- u. Feiertagen auch in den Mittagsstunden unt. Leitung d. bekannten Herrn Libauer.

Darauf kommt es für dich an, daß bei dir die Liebe nicht erkalte. Darum laß den Haß nicht regieren in dir. — In Jesu Kraft erhältst du auch jene Liebe.
P. Sch.

Konfiszierung des „Łódzianin“. Das Regierungskommissariat für die Stadt Łódź konfiszierte die Nr. 28 der in Łódź erscheinenden Wochenschrift „Łódzianin“ vom 21. Juli 1923 wegen Veröffentlichung von Artikeln und Notizen, die gegen die Artikel 263 (Fälschung von Nachrichten), 154 (Nichtachtung der Behörden) und 129 (Propagierung des Hasses) des Strafgesetzbuches verstoßen.

Erhöhung der Telefongebühren. Die Verwaltung des Łódzker Fernsprechamts teilt mit, daß die Fernsprechggebühren ab 1. Juli d. J. wie folgt abgeändert wurden: Abonnement für Privatwohnungen 400.000 M., für Büros, Kontore 600.000 M., für Banken, Hotels, Restaurationen 900.000 M. und für jeden weiteren Apparat 300.000 M. vierteljährlich. Die einmalige Gebühr bei der Bestellung eines Wandtelefons beträgt 3.000.000 M.

Kampf mit der Zensur. Das Regierungskommissariat der Stadt Łódź hat wegen Verfalls von Waren zu Buchernreisen nachstehende Personen mit einer Geldstrafe von 500.000 M. bestraft: Schara Jankels (Nowomiejska 22), Włodek Michalowski (Walcenka 79), Abraham Most (Pobiedzyna 8), Sigmund Marks (Gdansk 152), Włodek Tenew (Włodek Ring 11), Genoch Wilmann (Włodek Ring 8), Włodek Schmalmeier (Włodek 5), Włodek Zander (Nowomiejska 18), Schmal Zeder (Dąbrowska 3), Włodek Gollman (Włodek 7) und Genoch Fogel (Główna 67). Ferner wurden Jacek Silberberg (Główna 41), Schmal Gollman (Nowomiejska 17), Kohn und Włodek (Nowomiejska 29) und Włodek Wiener (Główna 23) mit 1 Million M. Geldstrafe sowie Włodek Włodek und Włodek (Włodek 1) mit 1 Million M. Geldstrafe und 2 Monaten bedingungsloser Haft bestraft.

Für Auswanderer. Das Auswandereramt hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Anwesenheit der Auswanderer von Geldeinweisungen, die durch Vermittlung von Schiffahrtsgesellschaften aus Amerika Auswanderern überhandt werden, in der Weise geregelt, daß die Schiffahrtsgesellschaften jedem Auswanderer weiterhin 15 Dollar auszahlen können, größere Summen bis zu 300 Dollar dürfen jedoch nur gegen Vorlegung eines mit dem Sechsermerk des Konsuls bzw. des Auswandereramtes versehenen Passes verabsolgt werden.

Die Pflicht-Beschäftigung von Kriegs-verletzten. In Anbetracht dessen, daß die Beschäftigung von Invaliden als eine Zwangsleistung der Arbeitgeber zugunsten der Invaliden angesehen ist, und mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitsleistungen eines solchen Invaliden nicht unbedingt als Maßstab für die Beschäftigung des Invaliden gelten darf, ist der Arbeitgeber verpflichtet, Invaliden genau dieselben Löhne zu zahlen, wie sie ein gesunder Arbeiter erhält. Dieser Grundsatz kann jedoch in folgenden Fällen nicht bindend sein: 1. Wenn der Invaliden sich damit einverstanden erklärt, Akkordarbeit zu leisten; 2. wenn der Arbeitgeber den Invaliden außerhalb der im Artikel 55 des Invalidengesetzes festgesetzten Norm anstellt (nach diesem Gesetz soll 1 schwergeschädigter Invaliden auf 50 Arbeiter entfallen); 3. wenn es sich um Arbeiten handelt, die eine besondere Ausbildung erfordern.

Im Silberkranz. Am 25. d. M. beehrte der Oberlehrer der deutschen Schule Nr. 94 in Łódź, Herr August Weiß und seine Ehefrau Olga geb. Steiner das 25-jährige Ehejubiläum. — Seit dem Jubelpaare!

Nach dem Streik.

67 Proz. Lohnaufbesserung angenommen. — Das gestrige Begräbniß zweier Opfer.

In Ergänzung unserer gestrigen Meldung über die Konferenz zwischen den Vertretern der Industriellen und den Arbeitern die, bis früh im Wojewodschaftsamt unter dem Vorsitz des Arbeitsministers stattfand, bringen wir im nachstehenden den weiteren Verlauf dieser Beratungen.

Nach einer Besprechung untereinander schlugen die Industriellen eine Lohnaufbesserung von 67 Prozent und Regelung der Löhne nach den Feststellungen der reformierten statistischen Kommission vor, welche Regelung vom 16. Juli d. J. an alle zwei Wochen vorgenommen werden soll. Der Vertrag hat bis zum 31. Dezember Gültigkeit.

Die Arbeiter äußerten zu diesen Bedingungen ihre Zustimmung und dankten dem Arbeitsminister Darowski für die Vermittlung.

Darauf wurde das Protokoll unterzeichnet und die Beratungen um 5 Uhr morgens beendet.

bip. Zwischen den Lodzer Industrieverbänden, dem Textilindustrieverband in Polen und dem Landesverband für Industrie einerseits sowie den Arbeiterverbänden, und zwar dem Massenverband, der „Praca“ und des christlich demokratischen Arbeiterverbandes andererseits wurde in der Angelegenheit der Lohnregelung ein

Vertrag

folgenden Wortlaut abgeschlossen:

1. Die Grundlöhne der Textilarbeiter werden vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit um 67 Prozent erhöht. Dieser Lohn verpflichtet bis zum Sonnabend nach dem 1. August 1923 einschließlich.

2. Vom 1. August d. J. ab werden die gegenwärtigen Grundlöhne in demselben Verhältnis abgerundet, wie die Preise für Artikel ersten Bedarfs sich seit dem 16. Juli verändert haben.

3. Die Löhne werden alle 14 Tage auf Grund der Feststellung der statistischen Preisermittlungskommission in Lohn geregelt.

4. Der vorliegende Vertrag behält bis zum 31. Dezember 1923 verpflichtende Kraft.

bip. Der gestrige Tag verlief unter dem Zeichen der Beilegung des Streiks. Die Leitungen der Industriellenverbände hielten Beratungen in der Angelegenheit der Wiederaufnahme der Fabriken am Montag ab. Von der Beilegung des Streiks wurden alle Fabriken in der Umgebung benachrichtigt, die gleichfalls am Montag den Betrieb wiederaufnehmen werden. Im Zusammenhang mit dem Versprechen des Arbeitsministers Darowski, demzufolge die Forderungen der Industriellen in der Frage der

Beschaffung von Devisen zum Einkauf von Rohstoffen

berücksichtigt werden sollen, wird sich der Delegierte des Finanzministeriums Herr Wozniak nach Warschau begeben, um die benötigten Devisen einzuholen.

bip. Gestern fand im Lokal der Bezirkskommission der Fachverbände eine

Bersammlung der Fabrikdelegierten

des Klassenverbandes statt, auf der über den Verlauf der letzten Konferenz mit den Industriellen und die Beilegung des Streiks Bericht erstattet wurde. Aus diesem ging hervor, daß die Arbeiter u. a. auf der Konferenz vom Arbeitsminister die Freilassung aller während der Streikbewegung Verhafteten mit Ausnahme derjenigen, die die Lage zur Plünderung von Läden und antisemitischen Ausschreitungen anzettelt hätten, verlangt hatten, worauf ihnen der Minister geantwortet habe, daß 40 Arbeiter im Unternehmen mit dem

Staatsanwalt bereits freigelassen worden seien, während der Rest unverzüglich nach Beendigung der Untersuchung in Freiheit gesetzt werden solle.

Ueber diesen Bericht entspann sich eine lebhafte Aussprache, in der zahlreiche Delegierte darauf hinwiesen, daß die Hauptleitung des Verbandes den Beschluß der Streikkommission umgangen habe, in dem die Wiederaufnahme der Arbeit von der Freilassung aller Verhafteten abhängig gemacht wurde. Daher verlangten die Redner die unverzügliche Freilassung der Gefangenen und erklärten, nur unter dieser Bedingung die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen. Die Redner machten auch darauf aufmerksam, daß durch die blutigen Vorfälle am Hohen Ringe mehrere Personen zu Krüppeln gemacht wurden, die zur weiteren Arbeit unfähig sein werden. In dieser Angelegenheit mußte in den Sejm eine Interpellation eingebracht werden, damit die Unglücklichen auf Staatskosten oder auch auf Kosten der Industriellen (?) unterhalten werden.

Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der die bedingungslose Freilassung aller Gefangenen, wie es der Arbeitsminister im Namen der Regierung versprochen hatte, verlangt, im Falle einer Nichterfüllung dieses Versprechens der schärfste Kampf um die Befreiung der Verhafteten angefangen und die

Unterstützung der Familien der ums Leben gekommenen gefordert

wurde.

bip. Gestern fand im Lokal der polnischen Fachverbände eine Versammlung der Delegierten des Verbandes „Praca“ statt, auf der Herr Razmierzal über die letzte Konferenz berichtete, wobei er hervorhob, daß die Arbeiter einen großen Sieg durch die Durchsetzung ihrer Forderungen errungen hätten. Die Bewilligung der Lohnerhöhung sei dem Umstande zu verdanken, daß die Vertreter der Regierung den Industriellen in der Devisenangelegenheit Erleichterungen versprochen.

Darauf erstattete Herr Kulczynski über die Tätigkeit des Beerdigungsausschusses Bericht, aus dem hervorgeht, daß bereits 3 Millionen Mark für das Beilegen begraben wurden, und daß am

Sonntag oder Montag die Opfer beerdigt

werden würden. Aufgabe der Streikkommission werde es sein, sich ihrer Mitglieder anzunehmen, die während der Vorfälle auf dem Hohen Ringe Verletzungen davongetragen haben.

Die Beerdigung zweier Opfer.

bip. Gestern um 4 Uhr nachmittags hat das Begräbniß von zwei Opfern der Zusammenstöße auf dem Hohen Ringe, Stanislaw Wozniak und Siwinski, stattgefunden, an dem die Abgeordneten Szejewski, Badzian, Wroblewski und Puzlary, die Verbände mit ihren Fahnen, 30 an der Zahl, sowie Delegationen aus Sieradz, Zgierz, Babianice und Zdanowa Wola, die mehr als 30 Kränze trugen, teilgenommen haben. Hinter dem Streikkomitee gingen die Delegationen der städtischen Angestellten und Vertreter aller Verbände und Parteien der Lodzer Wojewodschaft. Der Zug bewegte sich unter den Klängen des Orchesters der Straßenbahner. Auf dem Hohen Ringe wurde der Trauerzug von einigen zehntausenden Personen mit Musikpfeifen erwartet. Die zwei Leichenbepängnisse vereinten sich zu einem mächtigen Zuge. Beide Seiten der Straßen bis nach Chojay hinaus waren von spalterblinder Bürgermilde eingefaßt. Den Friedhof betreten nur die Delegationen mit den Kränzen und

Fahnen. Im Grabe hielt der Abg. Szejewski die erste Ansprache, der darauf hinwies, daß zwei fast unbekannte Arbeiter, die an den Zusammenstößen keinen tätigen Anteil genommen haben, ihr Leben lassen mußten. Redner gab eine Uebersicht über den gesamten Verlauf des Ereignisses. Als Vertreter des Verbandes „Praca“ sprach Herr Kulczynski. Er betonte, daß die „ach“ den Arbeitern kein Brot und Milch — Blut gegeben haben. Diejenigen, die am Blutvergießen schuld sind, seien heute zum Begräbniß erschienen. Stadtverordnete Rappaski bemerkte in seiner Ansprache, daß sich das arbeitende Lodz bereits mehrere blutige Mitmachere erinnere: der erste war der blutige Mittwoch im Jahre 1908, als die Arbeiter für die Freiheit Polens kämpften, sodann im Jahre 1919 als am Mittwoch auf dem Plac Wolnosci das Blut der Arbeitslosen floß und gegenwärtig sind wieder am Mittwoch 2 Arbeiter gefallen. Das seien jedoch nicht die letzten Opfer. Wir werden noch einmal und oft um unsere Rechte kämpfen müssen. Im Namen des „Bund“ sprach Herr Wolf. Er wies auf die Aufgaben der Arbeiterklassen hin, die sie noch erwarten und betonte, daß der jüdische Arbeiter, der nicht immer als Sozialist anerkannt wird, im Kampfe gleichfalls nicht zurücktreten werde. Um 8 Uhr verließen die Arbeitermassen langsam den Friedhof.

Unter dem Vorsitz des Vertreters des Arbeitsministeriums Wojtkiewicz fanden im Stadthaus zu Wiala Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und den Gewerkschaften statt. Nach zweistündigen Verhandlungen mußte die Sitzung abgebrochen werden, weil keine Einigung zu erzielen war. Die Arbeiter hatten auf die bestehende Löhne ab 1. August eine 20 prozentige Zulage, während seitens der Arbeiterschaft 60 Prozent gefordert wurden.

bip. Den Mäklern wurde eine 50 prozentige Lohnerhöhung bewilligt.

bip. Die Grubenarbeiter sind an die Bergwerksbesitzer mit der Forderung um Regelung der Löhne nach dem polnischen Gulden herangetreten. Sollte diese Forderung abgelehnt werden, so werden die Bergarbeiter eine Lohnaufbesserung um 150 Prozent verlangen. Die Lage ist als sehr ernst anzusehen. Unter den Arbeitern herrscht im allgemeinen eine Neigung zum Streik, die durch die Streikatmosfera im Lande nur noch gefördert wird.

bip. Die Schriftsetzer (Buchdrucker) beschlossen, auf ihrer gestern stattgefundenen Generalversammlung, die Druckerbesitzer davon in Kenntnis zu setzen, daß, wenn die Buchdrucker bis Sonnabend, den 21. Juli die geforderte 28 prozentige Lohnerhöhung nicht bewilligt bekommen, und falls die Druckerbesitzer sich nicht verpflichten sollten, in Zukunft die Löhne auf Grund der Berechnungen der statistischen Preisermittlungskommission zu erhöhen, die Buchdrucker am Montag, den 23. Juli, in den Ausstand treten werden. Gleichzeitig werden die Buchdrucker falls die Forderung zurückziehen und sie auf 20 Prozent erhöhen.

Gestern Abend fanden die Verhandlungen zwischen dem Verein der Druckerbesitzer und dem Lodzer Druckereiverbande ihren Abschluß. Es wurde den Setzern eine Zulage von 28 Prozent (in Ergänzung der unlängst schon bewilligten 20 Prozent) bewilligt unter der Bedingung, daß die Setzer vor dem 15. August mit keinen neuen Forderungen an ihre Arbeitgeber herantreten dürfen.

Diese Lohnerhöhung verfehlt unter anderem auch alle Zeitungsverleger in die Notwendigkeit, den Preis

Wisse, ein erhabener Sinn
Legt das Große in das Leben
Und er sucht es nicht darin.

Schiller.

Ueber den Ozean.

Roman von Erich Ebenstein.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Kapitän Trux überzeugte sich also durch einen Rundgang, daß an Bord alles in Ordnung und die diensthabenden Offiziere auf ihren Posten waren, dann zog er sich in seine Kajüte zurück.

Dort begann er bei einem Glase Grog und einer guten Zigarre behaglich seine Zeitungen zu lesen. Erst die Politik, dann die Schiffsnachrichten, zuletzt die Neuigkeiten.

In beiden Blättern fanden sich ausführliche Darstellungen der Ereignisse im Loseneggertal. Der Mord am Grafen von Losenegg, das Verschwinden Fräulein Hellkreutz mit allen bisher bekannten Umständen, die Spur, die nach Hamburg bis ins Hotel Alsterbassin wies, alles war genau beschrieben. Zuletzt folgte noch eine Personenbeschreibung der beiden Flüchtigen, die Vermutung, sie hätten sich nach Amerika gewandt, und Fräulein Hellkreutz, die unter falschen Vorspiegelungen entführt worden sei, benützte wahrscheinlich den dunkelblauen Sportanzug, den Georg Greiner heimlich gekauft habe.

Kapitän Trux ließ das Blatt sinken und starrte nachdenklich in die Luft.

Die Sache interessierte ihn lebhaft, denn die darin vorkommenden Namen waren ihm nicht fremd. Seine Familie stammte aus einer kleinen Provinzstadt Oesterreichs

und er war, so lange sein Vater noch lebte, von Zeit zu Zeit immer wieder dorthin zurückgekehrt, um seinen Urlaub im alten Nest zu verbringen. Die Stadt lag nahe dem Marktflecken Börsau, wo Trux mit seinen Eltern als Kind stets zur Sommerfrische gewesen war. Dort hatte er als kleiner Junge auch einmal den Arm gebrochen und der dortige Arzt Doktor Hellkreutz hatte ihn so wundervoll behandelt, daß er später von dem Bruch nicht das Geringste mehr spürte.

Er erinnerte sich noch ganz deutlich an den großen starken Mann, der so gütig und teilnahmsvoll gewesen war.

Und der war nun gestorben, weil man ihm seine Nichte entführt hatte! Auch der Name Losenegg klang dem Kapitän irgendwie bekannt.

Er dachte nach und erinnerte sich plötzlich, daß ein Bruder seines Vaters Rennmeister auf Schloß Losenegg gewesen.

Dann las er die Berichte noch einmal mit erhöhtem Interesse durch. Nein, das war doch schrecklich, einen alten Mann im Schlaf zu ermorden, indem man ihm Gift einspritzte! Welche Kaltblütigkeit gehörte dazu und welche Verworfenheit!

Dann das unschuldige junge Mädchen von seinen Angehörigen fortzulocken... Und warum dies alles war? Niemand wußte es...

Des Kapitäns Augen blieben auf der Personenbeschreibung haften: „Schwarzes lockiges Haar, rundes rosiges Gesicht, auffallend dunkle schöne Augen...“ las er, ohne es zu wissen, halblaut.

Plötzlich starrte er wieder in die Luft und sein Herz begann erregt zu klopfen.

Hatte er nicht vor einer Stunde genau so ein Gesicht vor sich gesehen? Auch der dunkelblaue Sportanzug mit den Kniehosen stimmte... und der andere — wenn man sich das braune Schnurrbartchen und die goldene Brille wegdachte... die hellen scharfen Augen dahinter stimmten auch...

Ach was, ich bin wohl verrückt, dachte er zuletzt ärgerlich. Dieser Gringoir ist gewiß ein ganz anständiger Mensch und mir nur deshalb unsympathisch, weil er mit Cartergin wegen des Schnelfahrens der „Queen Mary“ in ein Horn bläst. Als ob ich nicht von selbst bereit wäre zu tun, was möglich ist. Freilich, der Gesellschaft zuliebe, meine Pflicht gegen das Leben der Passagiere zu vergessen, dafür bin ich nicht zu haben! Eben darum ärgerte mich die dreiste Einmischung dieses Franzosen... aber sonst...

Er schob die Zeitungen mit einer energischen Bewegung von sich. Die Lust zum Lesen war ihm vergangen. Ich will nicht weiter grübeln, sondern schlafen, entschloß er sich. Morgen ist auch noch ein Tag.

Neuntes Kapitel.

Am andern Morgen nahm der Kapitän den Purser beiseite.

„Kann ich die Manifests der Passagiere einsehen?“ fragte er.

„Gewiß, Kapitän.“ Der Purser, der der Kessenvorstand und Buchhalter des Schiffes war, fuhr Tartux in seinen Amtsraum und holte einen Stoß Dokumente aus einem Schrank.

Es waren die zur Landung notwendigen Deklarationen der einzelnen Passagiere, von jedem persönlich bei Erwerbung der Fahrkarte ausgefüllt.

Fortsetzung folgt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: i. V. Verlagsdirektor
Dr. E. v. Behrens. Druck und Verlag: „Libertas“,
Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Anzeigenpreise		
in Polen und in Danzig:		
1/4 Seite	Mk. poln.	350.000
1/2 Seite		625.000
3/4 Seite		850.000
1 Seite		1.100.000
1/4 Seite		210.000
1/2 Seite		375.000
3/4 Seite		525.000
1 Seite		675.000
Kleine Anzeigen Mk. poln. 500 die 7-gelappten Millimeter-Zeile.		

Handelsblatt

Wochenbeilage zur „Freien Presse“
der verbreitetsten deutschen Tageszeitung in Polen.

Erscheint an jedem Sonnabend und dient der Förderung des Handelsverkehrs zwischen Danzig und Poln. insbesondere aber zwischen Danzig und Lodz.
Abonnementspreis:
in Polen 1 Mk. poln. 5000 monatlich, in Danzig 1 Mk. poln. 5000 monatlich.
Redaktionsleiter des Danziger Teils: J. Semiatycki, Danzig.
Leiter des Lodzer Teils: Adolf Kargel, Lodz.
Verlag: „LIBERTAS“ G. m. b. H., Lodz.

Nr. 12.

Sonntag, den 22. Juli 1923.

1. Jahrgang.

Danziger Büro-Bedarfsmesse.

Aus dem Bestreben heraus, dem Danziger Wirtschaftsleben wieder einmal etwas Besonderes zu bieten, haben sich unter Führung der Ortsgruppe Danzig des Reichsverbandes der Büro-Maschinenhändler der Verband für den Papier und Schreibwaren-Kleinhandel und der Verein der Buchdrucker im Gebiete der Freien Stadt Danzig zusammengefunden und veranstalten im Herbst dieses Jahres eine Danziger Büro-Bedarfsmesse.

Eine ähnliche Veranstaltung in etwas kleinerem Rahmen hat bereits 1913 gelegentlich der damaligen stenographischen Woche stattgefunden. Heute sind die Motive zur Veranstaltung einer derartigen Verkaufsschau allerdings ganz andere. Es wird nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, daß in den letzten 3 Jahren in Danzig rund 10000 neue Firmen entstanden sind. Fast alle diese Firmen haben sich zur Aufnahme ihres Betriebes neu einrichten müssen. Und so ist die Branche der Büro-Bedarfshändler, durch die Zeitverhältnisse bedingt, in Danzig außerordentlich erstarkt, die Zahl der Bürobedarfshändler hat sich gegen früher erheblich vergrößert und einige der neuen und der alten Firmen haben gerade in den letzten Monaten erhebliche Erweiterungen ihrer Geschäftslokale vornehmen müssen. Der Export von Büromöbeln und von Büromaschinen aus dem Deutschen Reich nach Danzig hatte zeitweise einen sehr großen Umfang angenommen. Der polnische Zolltarif hat diesem Export jedoch hohe Grenzen gezogen, so daß es heute fast unmöglich ist, in Danzig Büromöbel zu verkaufen, die aus Deutschland bezogen werden. Es ist infolgedessen in Danzig bereits eine eigene Büromöbel-Industrie im Aufstiege und es wird nicht mehr lange dauern, so werden diese Möbelfabriken in der Lage sein, den gesamten Bedarf in Danzig durch eigene Erzeugnisse zu decken, mit dem Bezuge deutscher Büromöbel ist eine Verteuerung von rund 100 Proz. für den Verbraucher verbunden. Mit anderen Artikeln des Bürobedarfs ist dies ähnlich, hier müssen jedoch die hohen Preise getragen werden, weil es bei der Mannigfaltigkeit des Bürobedarfs ausgeglichen ist, daß alle diese Artikel, die heute ein modernes Büro benötigt, in Danzig hergestellt werden können.

Auf dem Gebiete der Papierversorgung sind in Danzig auch schon Anfänge gemacht. Es gibt auch schon eine Aktiengesellschaft für den Bau von Büromaschinen, die aber ihren Betrieb noch nicht hat aufnehmen können. Büromaschinen wird man noch auf lange Zeit hinaus aus Deutschland beziehen müssen, zumal Polen die Herstellung dieser Maschinen nicht kennt. Ob man in Danzig dazu kommen wird, Schreibmaschinen zu bauen ist zweifelhaft, denn die heute auf dem Markte anzutreffenden Schreibmaschinen haben fast ohne Ausnahme viele Jahre hindurch Kinderkrankheiten überwinden müssen, bevor sie zu der Vollkommenheit gelangten, mit der die bekanntesten Schreibmaschinen-Marken sich heute dem Verbraucher präsentieren. In den letzten Monaten sind in Deutschland 1/2 Duzend neue Schreibmaschinen-Systeme auf den Markt gekommen. Es sind zumeist Kopien altbewährter Systeme unter Verwendung einiger praktischen Neu-

erungen. Die Einführung neuer Schreibmaschinen-Systeme ist jedoch außerordentlich schwer, weil sich das Kontorpersonal, vor allem in alt eingeführten Firmen, an die guten deutschen Schreibmaschinen-Systeme gewöhnt hat. Aber auch mit neuen Systemen sollte man in den Büros Versuch machen, denn es gibt auch unter diesen neuen Maschinen Typen ganz hervorragender Erzeugnisse der deutschen Schreibmaschinen Technik, die ganz alle Marken in den Schatten stellen. In letzter Zeit bürgert sich immer mehr die rechnende Schreibmaschine und die schreibende Rechenmaschine ein. Auch gibt es bereits Maschinen beider Art mit elektrischem Antrieb um die Menschenkraft bei Verrichtung maschinentechnischer Handgriffe zu ersparen und Arbeiten mit diesen Maschinen noch intensiver zu gestalten.

Mit Schreibmaschine und Rechenmaschine ist der Begriff der modernen Büromaschine aber noch nicht erschöpft, denn die jetzt an die modernen Kontorbetriebe gestellten Anforderungen sind so groß, daß immer mehr Versuche gemacht werden, Menschenkräfte durch Maschinen zu ergänzen und zu ersetzen. Es gibt bereits Maschinen zum Öffnen der Briefe, zum Schließen der Briefe, Frankiermaschine, Adressiermaschine, Kopiermaschine — seit längerer Zeit, Schek- und Stempelmaschinen, Bleistiftspitzmaschinen, Heft- und Nagelmaschinen, usw. Ein besonders großer Artikel sind auch Vervielfältigungsapparate, bei denen es die moderne Technik dahin gebracht hat, daß jetzt nicht nur auf der Schreibmaschine geschriebene Schriftstücke mechanisch vervielfältigt werden können, sondern daß jetzt jedes Kontor die zur Vervielfältigung bestimmten Dokumente selbst sehen und drucken kann, wie es in den Buchdruckereien geschieht. Mit diesen Apparaten ist den Buchdruckereien zwar eine scharfe Konkurrenz entstanden, man wird jedoch auf die Arbeiten der Druckereien unter keinen Umständen verzichten können, wenn es sich darum handelt, richtige Geschäftsdrucksachen herauszubringen. Die Vervielfältigungsapparate sind, auch wenn sie mit Typen arbeiten, doch nur ein Nothelfer zur schnellsten Herstellung von Rundschreiben, Preisaufstellungen, Offerten usw. in geringerer Auflage.

Die Danziger Büro Bedarfsmesse wird den Zweck haben, die Inhaber oder Leiter der hiesigen kaufmännischen Groß- und Klein- mit den modernsten Neuerungen bekannt zu machen, die die Bürobedarfs-Branche bietet. „Von der Feder bis zur Aktie“ wird das Motto dieser Veranstaltung sein, an dem wie oben gesagt, nicht mehr die Büromaschinen- und Bürobedarfshändler, sondern auch die Papier- und Schreibwarenhändler und die Buchdruckereien teilnehmen werden.

Auch die jetzt genannten Branchen haben sich den Erfordernissen der Zeit folgend in ihren Erzeugnissen außerordentlich vervollkommen und verfeinert. Speziell an die Danziger Buch- und Steindruckereien werden jetzt erhebliche Ansprüche gestellt, durch die neuen in Danzig entstandenen Industrien. Die Herstellung von Aktien in Buch- und Steindruck ist für viele hiesigen Druckereien eine Spezialarbeit geworden, andere Betriebe haben sich auf die Anfertigung von ein- und mehrfarbigen Etiketts

eingestellt, befriedigen auch die Danziger Schokoladen- & Konserven-Industrie mit der Lieferung erstklassig ausgeführter farbenreicher Packungen. Die Herstellung von Geschäftsbüchern in Danzig ist ebenfalls aufgenommen worden, weil gerade auf diesem Artikel außerordentlich hohe Zölle liegen. Das Anschwellen der Zahlen im heutigen Geschäftsverkehr bedingt auch die außerordentliche schnelle Neuanschaffung von Geschäftsbüchern, um dem wachsenden Verkehr gerecht zu werden. Die Danziger Buchdruckereien werden es sich nicht nehmen lassen, zur Danziger Büro-Bedarfsmesse mit gut zusammengestellten Kollektionen ihrer Erzeugnisse hervorzutreten. Die Plakatzeichner, die Klischeeanstalten, die Kartonnagenfabriken usw., alle werden sie voraussichtlich vertreten sein, um den Besuchern der Messe eine Bild davon zu geben, was heute für die Aufrechterhaltung eines modernen kaufmännischen Bürobetriebes erforderlich ist. Hervorzuheben ist noch, daß die Danziger Büro Bedarfs-Messe sich nicht an Wiederverkäufer, sondern nur an die Verbraucher wendet, an die vom Plakate aus sofort die ausgefallenen Waren verkauft werden können. Die Messe wird 8 Tage dauern und durch sachliche Vorträge belebt werden. Das mit der Messe verbundene Schreibmaschinen-Welt-Schreiben um die Meisterschaft der Freien Stadt Danzig begegnet dem allergrößten Interesse der in den hiesigen Büros angestellten Schreibmaschinenkräfte.

Es ist zu hoffen, daß die Messe ein voller Erfolg für die Veranstalter und für die Verbraucher wird.

Von den Aktiengesellschaften.

Die Satzungen der neugegründeten Polnisch-Amerikanischen Aktiengesellschaft „Southern Trade“ in Warschau wurden bestätigt. Das Betätigungsfeld dieser Gesellschaft ist die Bauaktion. Das Aktienkapital beläuft sich auf 300 Millionen Mark. Die Aktien haben 10.000 Mark Nennwert. Gründer der Gesellschaft sind: George Twynkam, F. C. Woodford, P. Nasalski und Władysław Dropiowski.

In Warschau wurde eine Aktiengesellschaft unter dem Titel „Laboratorium Kosmetyczno-Parfumeryjne Władysław Uzemby i Matzka“ mit einem Aktienkapital von 300 Milli. Mark gegründet. Die Gesellschaft wird das Parfümerieunternehmen von Władysław Uzemba und Matzka aufkaufen und dessen Tätigkeit erweitern.

pap. Behandlung von Ausland-Postpaketen. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministeriums müssen Absender von Auslandspaketen beim Aufgeben derselben der Postverwaltung zwei Valutabescheinigungen vorzeigen, in denen nachgewiesen wird, daß die Gebühr für die versandte Ware zum Inkasso berechtigten Bankinstitutionen überwiesen worden sind. Dies betrifft aber nur Pakete, die von Fabriken, Kaufleuten oder Expeditionshäusern in Handelsinteressen abgesandt werden.

J. Schmalenberg, Aktiengesellschaft, Weinbrennerei und Spiritfabrik.

Telegramm-Adresse: Schmalkauf, Danzig, Fernsprech-Anschluß: 313, 609, 3271, 2999.

liefert nur dem Großhandel

Prima Spirit ◊ Weindestillat ◊ Eau de vie de vin

Spezialitäten:

Edelbrand :: Feinbrand

aus reinen Weinen gebrannt.

Vertreten in Lodz durch

Arthur Zielke, Petrikauer Straße Nr. 173.

Sie fallen angenehm auf mit Ihren gesunden und schneeweißen Zähnen, welche Ihnen die unvergleichlich gute —

Zahnpasta



Kaliklora



verschafft. **KALIKLORA-ZAHNPASTA**, regelmäßig benutzt, reinigt und bleicht die Zähne und gibt denselben einen perlmutternartigen Schimmer. Durch die besondere Aromatisierung hinterläßt **KALIKLORA** das köstliche Gefühl von Sauberkeit und Frische im Munde. **KALIKLORA-ZAHNPASTA** ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Queißer & Comp. G. m. b. H.

Chemisch-pharmazeutische Fabrik, Danzig-Langfuhr.

Telegraphadresse:
Industrie Lloyd.



Holzmärkt Nr. 24.
Tel. 5379.

Industrie-Lloyd A.-G., Danzig

Alleinvertretung der Zimmermannwerke A.-G., Chemnitz, und anderer führenden Werke der Werkzeugmaschinen- und Holzbearbeitungsmaschinenbranche.

Sofort ab Lager Danzig lieferbar:

Drehbänke
Fräsmaschinen
Bohrmaschinen
Werkzeugmaschinen

Bandsägen
Kreissägen
Abrihtmaschinen
Dicktenhobelmaschinen

J. J. Berger, Aktiengesellschaft

Gegründet 1846. Seifenfabrik Danzig. Fernsprecher 88.

Hauseisen

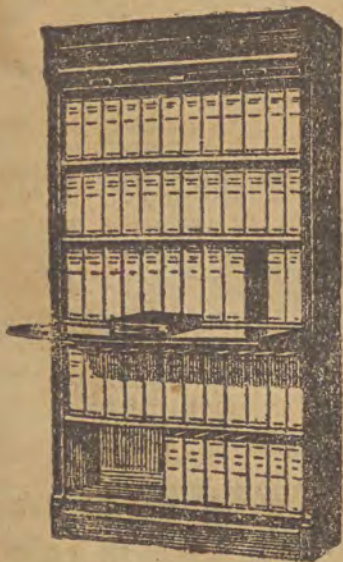


Seifenpulver

Marke „Dreiring“.

1991

Beim Einkauf achte man stets auf die Schutzmarke.



Aktenchränke
Schlappulte
Amerik. Rollpulte
Schreibm. Tische
Büro-Stühle
Büro-Tische

praktisch, erprobt, erstklassig und zeitgemäß

Verlangen Sie Prospekt **L**

Orga-Werke
Carl Ernst Herbst **Danzig**

Urologische Auskunft!
über Krankheiten, Fähigkeiten, Beruf, Liebe, Ehe, ethische Höherentwicklung usw. Angabe des Tages, Monats, Ort und Jahr der Geburt erford. Preis des Horoskops 20.000 Mkp. Handschriftentent. 10.000 Mkp. Jagierst, Magneto, path. Astrolog, Rattowitz, Sotolsta 10, St. Peter, 296.

Junger Mann

mit 4-jähr. Praxis, Lohnbuchführung, Steuer- und Krankenkassenwesen bestens vertraut, sucht Stellung als Lohnbuchhalter oder Hilfsverwalter. — Prima Referenzen. — Gef. Off. unter „Arbeitsamt“ an die Geschäftsst. d. St. 2173

Ein fleißiges Mädchen

mit Kochkenntnissen wird für die Küche eines Krankenhauses gesucht. Wo sagt die Geschäftsst. d. St.

Einen Weltruf!

erreichten meine Fabrikate

Speziell:

Legionka — Baška
Amator — Zek (Shag)

P. Machorka

Überall erhältlich!

Tobakfabrik

Julian Król

Bydgoszcz.

1963

Wichtig für Industrie und häuslichen Bedarf.
Größte Sparsamkeit in Seife und Soda erzielt man durch den Gebrauch von **„Lavatin“**

„Lavatin“ ist das unschädlichste, erfolgreichste und billigste Waschmittel. Erspart 50% Seife. Soda überflüssig. Wäsche sowie alle Rohstoffe werden schneeweiß. „Lavatin“ ist mit verschiedenen leichten erscheinenden Mitteln, die bald wieder vom Markte verschwanden, nicht zu vergleichen. Von der Güte unseres Mittels kann man sich überzeugen durch eine Probe, welche auf jedes Verlangen und zum Fabrikpreise zu haben ist in der Fabrik chemischer Produkte.

Ing. T. Grabiański & D. Myślibórski

Łódź, Petrikauer 62, Tel. 595.

Soda gänzlich überflüssig. 50% Seife.

Peter Rosegger

dem unergieblichen Dichter d. Waldheimat gewidmet ist das erste Heft der neuen Volksstümlichen Wochenschrift „Die Heimat“. Das Heft enthält außerdem Erzählungen und Geschichten von Anzengruber, Rudolf Greinz, K. J. Strobl u. a. u. wird als Probenummer auf Verlangen umsonst und portofrei versendet vom Verlag S. u. W. G. H. u. H. Wien, K. Staudlgasse 22, 187.

Wolfschündin

rasenrein, 6 Monate alt zu verkaufen. Klinikięgo Nr. 170. 2201

SANDALEN

Zakopaner Pantoffel
Damen, Herren, Kinder, Schuhe
Wäsche — Strümpfe
Große Auswahl
Billige Preise 1119

K. Petersilge

93 Piotrkowska 93

„Monte-Carlo“

(Oilspring).

„Horodyszcze Galizien“, „Gottfried“, „Totogen“

sind unausgebeut. produzierende Naphthagraben, d. in den besten Naphthagebieten in Mraznica (Lindenbaum) bestehen.

Die endgültige Tiefe steht vor der Erbohrung.

Die Mitbesitzer dieser Gruben erwarten ein ungewöhnlich großer Gewinn! Bruttoanteile zu 1/16%, 1/32%, und zu 1/64% sind zu haben.

Informationen und Börsenberichte erteilt:

Jakob WAINSTOK, Andrzejka-Strasse Nr. 48, 3. Stock, Front, von 1-5 Uhr nachm.

Spargelder

verzinsen wir

bei täglicher Kündigung mit 12%

Amöhenl. 20%

längerer Kündigung nach Vereinbarung.

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen,

A. G.

200. Alje Rościński 45/47.

1362

50% billiger

als überall fertig

erhält. Herrenschneider

J. Nowack

die anerkannt feinsten Anzüge nach Maß an. Kommt auf Wunsch ins Haus.

Zakonia 28,

Front. W. 11.

Lodzer Eisengießerei

„Serrum“

Kilinskięgo 115, Tel. 18-20.

Inhab. **E. Bauer u. A. Weidmann**

Liefert:

aller Art Gussguss nach eigenen und eingefandten Modellen und Zeichnungen

Schnelle Lieferung. Maßstab u. faustere Gut.

Die Gießerei ist an allen Fronten in Betrieb.

CASINO

Die letzten Tage!

Die letzten Tage!

= Lya de Putti und Wladimir Gajdarow =

das wunderschönste Paar Europas in dem 6-akt. Drama

„Des Teufels Geld.“

Beginn der Vorstellungen um 3 Uhr nachm.

Beginn der Vorstellungen um 3 Uhr nachm.

Zirkus A. CINISELLI — Konstantiner Straße 16. — **Der Zirkus verbleibt nur bis 1. August d. J.**
 Täglich ab 8.15 Uhr abends: **Neue Orbits!** Vollständig neues Programm u. Repertoire! **Delone Efendi.** Zum ersten Mal in Lodz: die Familie Miteli, ita.ische Akrobaten u. d. unergl. Bauchredner.
 — **Die letzten Tage, Rätsel des XX. Jahrhunderts, das Geheimnis der vermagten Risse**
 — **anastasiu Braun.** — **Dir. A. Ciniselli** — neue Dessur. **Harem** — die letzten Tage der Ballett-Pantomime, das ganze Ensemble im neuen Repertoire, an der Spitze **Friko u. Amorsem.**
 Heute, Sonntag, den 22. d. J. Mts. **am 1. Vorst. Angew.** Am Nachmittag 4 Uhr darf jede erwachsene Person zwei Kinder von je unter 10 Jahren unentgeltlich einführen.

Sonntag, den 29. Juli 1923 in Lodz



Auf dem Sportplatz an der Wodna 4

10. Gau-Turnfest

der Vereinigten Turnvereine in der Wojewodschaft Lodz.

Festordnung: 7 Uhr früh: Beginn des zwölf-Kampfes; 2 Uhr nachmittags: Aufmarsch sämtlicher beteiligten Vereine vom Polale Sienkiewicza 54 nach dem Festplatz; 3 Uhr: Beginn der sportlichen Vorführungen; **Schlussfeier mit Tanz.**
 6 Uhr: Preisverteilung. — Ab 8 Uhr abends: im Vereinslokale

Die Musik auf dem Sportplatz und im Festsaal liefert das Orchester des Musikvereins „Stella“.

2200

Das Fest findet bei jeder Witterung statt.

Das Festkomitee des Lodzer Turnvereins „Kraft“.

Deutsche Arbeitspartei Polens.

Heute, Sonntag, den 22. Juli, findet im Parke Sienkiewicza, Pabianicer Chaussee 59, ein

2159

großes

Garten = Fest

zugunsten der Bibliothek

verbunden mit

Aufführung eines sehr humorvollen Einakters „**Einer muß heiraten**“, turnerischen Vorführungen, Pyramiden bei bengalischer Beleuchtung, humoristischen Vorträgen, Gesang, Glücksbrett und noch vielen anderen Ueberraschungen für groß und klein. — **Kahnfahrt** ab 10 Uhr früh.

Im Garten Konzert der „**Stella**“-Kapelle. Leit. Kapm. R. Tölg.
 Gönner und Freunde werden höflichst eingeladen.

Bürochef-Proturist

einer Weltfirma, Christ, weltbereist, Sprachkundig, repräsentationsfähig, bewährt in **Organisation, Einkauf und Leitung** großer Betriebe, sucht bald oder später geeignete Vertretungsstellung in einem **Fabriks-, Handels- oder Bank-Unternehmen.** Beteiligung, Vertretung und Abschlussarbeiten erwünscht.

Gefl. Offerten unter „Ausgesprochene erste Kraft 40“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

2186

Dr. A. Wildauer
 Homöopathische Behandlung. Für Arme ermäßigtes Honorar.
 Piotrowska 51.
 Sprechstunden: vormittags von 10¹/₂—12, nachm. von 3¹/₂—5 Uhr. 2095

Dr. med. Langbard
Zawadzka 10.
 Haut- u. Geschlechtsk.
 Sprechst. 7.9—1 u. 5—8

Dr. med. 1706 Edmund Eckerl
 Haut, Zahn u. Geschl.-K.
 Sprechst. v. 12—2 u. 5—8, Damen 4—5 Uhr nachm.
Kilinska-Straße 187
 ab 3. Haus v. d. Stawno

Dr. Ludwig Falk
 Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.
 empfängt von 10—12 und von 5—7
Nowojska Nr. 7.

Dr. med. J. Leyberg
 Haut- und Geschlechts- 1964 Krankheiten.
 Traugottstr. 5, Tel. 773.
Zurückgekehrt.
 Empf. von 12—2; 5—7; für Damen 7—8.

Dr. med. Roschaner
 Haut, Geschlechts- und Zahnleiden.
 Behandlung mit künstl. Röntgenstrahlung.
Dzielnia - Straße 9
 Empf. v. 8—10¹/₂ u. 4—8.

Dregerisches Privatlyzeum u. Oberlyzeum mit Seminaranstalt

Mädchen-Mittelschule

Bydgoszcz, Petersona 1

nimmt für das Schuljahr 1923/24, beginnend am 1. September 1923, früh 8 Uhr, für sämtliche Klassen der Vor- und Mittelschule, des Lyzeums, des Oberlyzeums und der Mädchen-Mittelschule täglich von 12—1 schriftlich und mündlich, Neuanmeldungen entgegen. Vorzulegen sind Geburtsurkunde, Taufschein, Impfschein und letztes Schulzeugnis. Für auswärtige Schülerinnen eigenes Alumnat, herrliches Gebäude, großer Garten, beste Verpflegung bei billigem Pensionspreis, Beaufsichtigung der Schularbeiten durch eine Lehrerin. Meldungen und Anfragen sofort bei

2091

Direktor Dr. F. Dreger
 Bydgoszcz, Petersona 1.

Hochschul-Ingenieur

26 Jahre alt, 3-jährige Büro- und Betriebspraxis in Deutschland und Czchoslowakei, derzeit bei einem großen Lebensmittelkonzern zur Projektierung und Leitung von Neu- und Umbauten tätig, sucht sich zu verbessern. In Betracht kommen Betriebsleiterstellen in Textilfabriken, Lebensmittel- und chemische Fabriken. Zuschriften unter „R. M. 26“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

2127

Für Barzahlung.

Auf Wechsel.

Verschiedene Manufaktur- sowie Galanteriewaren kauft man billig nur in dem neu-eröffneten **Wagazin**

A. Herszenberg, Lodz.

82 Petrikauer Straße (Frontladen) 82
 Groß- und Detail-Verkauf.

Wirtschaftliche Witwe, Christin in mittlerem Alter, Zimmer und Küche mit jeglicher Einrichtung besitzend, von Beruf Friseurin, wünscht die Bekanntschaft eines Herrn (Witwer mit Kindern nicht ausgeschlossen) mit letzter Anstellung

zwecks Heirat.

Off. mit Photographie, die ehrenrührlich zurückgegeben wird unter „Friseurin“ an die Geschäftsst. d. Bl. Diätetion zugesichert. 2190

Heiratsvermittler

erbeten. Offerten unter „J. R.“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 2189



Baluter Kirchengesangsverein

heute, Sonntag, d. 22. Juli d. J. im Häuslerischen Garten in Radogoszcz

Großes Gartenfest

verbunden mit verschiedenen Ueberraschungen. Mitglieder aller Vereine sowie Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

TANZ!!! Reichhaltiges Buffet. TANZ!!!

Beginn des Festes um 2 Uhr nachm. — Konzert der Wldz. Feuer. Org. unt. Leitung des Herrn Chryjacki

Der Festauskunft.



Lodz Musikverein „Stella“

Sonntag, den 22. Juli d. J. um 2 Uhr nachmittags im Scheiblerischen Garten (Festendorf) (Księża miya)

Großes Gartenfest

verbunden mit Konzert d. Orchester, Kirschenbaum Glühwein, Flosserischen u. a., zu welchem die Mitglieder nebst Angehörigen sowie bestreute Vereinsmitglieder und Gönner eingeladen werden.

2163

Das Vergnügungskomitee.



Radogoszcz Turnverein

Am Sonnabend, d. 28. Juli d. J., im Vereinslokale, Braterska 14, um 6 Uhr abends im ersten und um 8 Uhr im zweiten Termin:

Jahres-Hauptversammlung

Tagesordnung: 1. Verlesung der Niederschreiben von der letzten Wdraßung und Jahresberichtsammlung; 2. Berichte der Verwaltung; 3. Jahresrechnung; 4. Entlastung der Verwaltung; 5. Neuwahlen; 6. Anträge. 2189

Für mechanische Weber wird ein tüchtiger

Weberei-Zachmann

der auch die Kundschaft zu bewältigen hat per sofort gesucht. Off. unter „Zachmann“ an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten. 2204

Verkauf sämtlicher Pelzwaren

in rohem und fertigem Zustande. Reparaturen-Aannahme. Mäßige Preise! Reellste Bedienung.

I. D. Dawidowicz,

Petrikauer Straße 19,
 (im Hofe, 2. Eingang, links, 3. Etage.)



Bergelblich



warten Sie auf einen Auftrag, da Sie vergessen haben, in der

Freien Presse zu inserieren.